

# Bedingungen der 4,625% nachrangigen Wandelanleihe 2007-2017/8 der Bank Austria Creditanstalt Wohnbaubank AG

ISIN: AT000B074141

## § 1 Form und Nennbetrag

- (1) Die 4,625% nachrangige Wandelanleihe 2007-2017/8 der Bank Austria Creditanstalt Wohnbaubank AG (die "Emittentin") wird ab 23. Oktober 2007 im Wege einer Daueremission im Gesamtnominale von bis zu Nominale EUR 8.000.000,- begeben und ist in bis zu 80.000 in auf den Inhaber lautende, untereinander gleichberechtigte Wandelschuldverschreibungen (die "Wandelschuldverschreibungen") zu je Nominale EUR 100,- mit den Nummern 1 bis zu 80.000 eingeteilt.
- (2) Die Wandelschuldverschreibungen werden zur Gänze durch eine veränderbare Sammelurkunde gemäß § 24 Depotgesetz, BGBl. Nr.650/1987 vertreten, die die Unterschriften zweier Vorstandsmitglieder der Bank Austria Creditanstalt Wohnbaubank AG trägt. Ein Anspruch auf Ausfolgung von Anleihestücken besteht nicht.

## § 2 Nachrangigkeit

Die Forderungen aus den Schuldverschreibungen sind nachrangige Forderungen gemäß § 23 Abs. (8) Bankwesengesetz i.V.m. § 45 Abs. (4) Bankwesengesetz. Eine Aufrechnung des Rückerstattungsanspruches gegen Forderungen der Emittentin ist ausgeschlossen. Im Falle der Liquidation oder des Konkurses der Emittentin werden Zahlungen erst dann geleistet, nachdem die Forderungen der anderen nicht nachrangigen Gläubiger befriedigt wurden.

## § 3 Verzinsung

- (1) Die Wandelschuldverschreibungen werden vom 23. Oktober 2007 an mit 4,625% p.a. verzinst. Die Zinsen sind nachträglich am 23. Oktober eines jeden Jahres (der "Kupontermin") erstmals am 23. Oktober 2008 fällig. Der Zinsenlauf der Wandelschuldverschreibungen endet mit dem ihrer Fälligkeit bzw. falls vom Wandlungsrecht Gebrauch gemacht wird, dem dem Wandlungstermin vorangehenden Tag.
- (2) Die Berechnung der Zinsen für einen Zeitraum von weniger als einem Jahr erfolgt auf Basis kalendermäßig/kalendermäßig.

## § 4 Laufzeit

Die Laufzeit der Wandelschuldverschreibungen beginnt am 23. Oktober 2007 und endet mit Ablauf des 22. Oktober 2017.

## § 5 Rückzahlung

- (1) Die Emittentin verpflichtet sich, die Wandelschuldverschreibungen, so nicht gewandelt wird, am 23. Oktober 2017 unter Berücksichtigung des § 2 dieser Bedingungen zur Gänze zum Nennbetrag zurückzuzahlen (der "Rückzahlungstermin").
- (2) Die Emittentin kann jederzeit Wandelschuldverschreibungen am Markt oder auf andere Weise erwerben.

## § 6 Zahlungen

- (1) Die Zahlungen erfolgen in Euro.
- (2) Sollte ein Rückzahlungstermin, Kupontermin oder sonstiger, sich im Zusammenhang mit den Wandelschuldverschreibungen ergebender Zahlungstermin auf einen Termin fallen, der kein Geschäftstag ist, so hat der Inhaber der Wandelschuldverschreibungen erst am darauffolgenden Geschäftstag Anspruch auf Zahlung von Kapital bzw. Zinsen. Geschäftstag ist jeder Tag, an dem das Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer (TARGET) System geöffnet ist.
- (3) Kapital und Zinsen werden den Anleihegläubigern gutgeschrieben, ohne dass, abgesehen von der Beachtung etwaiger Steuer-, Devisen- oder sonstiger Vorschriften des Landes der betreffenden Zahlstelle, die Ausstellung eines Affidavits oder die Erfüllung einer sonstigen Förmlichkeit verlangt werden darf.

## § 7 Zahlstellen

- (1) Hauptzahl- und Umtauschstelle ist die Bank Austria Creditanstalt AG und deren Filialen.
- (2) Die Gutschrift der Zinsen- und Tilgungszahlungen erfolgt über die jeweilige für den Inhaber der Wandelschuldverschreibungen depotführende Bank.

## § 8 Haftung

Die Emittentin haftet für die Zahlung des Zinsendienstes und des Kapitals dieser Wandelschuldverschreibungen mit ihrem gesamten gegenwärtigen und zukünftigen Vermögen.

## § 9 Kündigung

Eine ordentliche Kündigung der Wandelschuldverschreibungen ist sowohl seitens der Gläubiger als auch der Emittentin ausgeschlossen.

## § 10 Verjährung

Ansprüche aus fälligen Zinsen verjähren nach drei Jahren ab Fälligkeit, aus fälligen Wandelschuldverschreibungen dreißig Jahre nach Eintritt der Fälligkeit.

## **§ 11 Wandlung**

- (1) Je vier Wandelschuldverschreibungen im Nennbetrag von je EUR 100,- berechtigen zur Wandlung in fünf Stück auf den Inhaber lautende nennwertlose Partizipationsscheine gemäß § 23 Abs.(4) und (5) BWG der Emittentin. Dies entspricht einem nominellen Wandlungspreis von EUR 80,- pro Partizipationsschein. Die Partizipationsscheine sind ab dem 01. November jenes Geschäftsjahres gewinnberechtigt, in dem die Wandlung der Wandelschuldverschreibungen erfolgt.
- (2) Das Wandlungsrecht kann zu den Kuponterminen während der Laufzeit der Wandelschuldverschreibungen ausgeübt werden, erstmals am 23. Oktober 2008.
- (3) Die Ausübung des Wandlungsrechtes muss jeweils spätestens 15 Bankarbeitstage vor dem Stichtag der Wandlung der Bank Austria Creditanstalt Wohnbaubank AG mittels eingeschriebenem Brief mitgeteilt werden. Die Wandlungserklärung ist doppelt auszustellen und hat die im § 165 AktG vorgesehenen Angaben zu enthalten. Die Erklärung ist für den Gläubiger bindend. Gleichzeitig ist das Wertpapierdepot bekannt zu geben, dem die in Partizipationsscheine umzutauschenden Wandelschuldverschreibungen zu entnehmen sind.

## **§ 12 Angaben über die zur Wandlung angebotenen Partizipationsscheine**

- (1) Das Partizipationskapital ist eingezahltes Kapital, das der Bank Austria Creditanstalt Wohnbaubank AG seitens der Partizipationsscheininhaber auf Unternehmensdauer unter Verzicht auf die ordentliche und außerordentliche Kündigung zur Verfügung gestellt wird. Das Partizipationskapital kann von der Bank Austria Creditanstalt Wohnbaubank AG nur unter analoger Anwendung der aktienrechtlichen Kapitalherabsetzungsvorschriften zurückgezahlt werden.
- (2) Die Partizipationsscheine gewähren den Anspruch auf einen Gewinnanteil in prozentmäßig gleicher Höhe wie die auf die Aktien der Bank Austria Creditanstalt Wohnbaubank AG ausgeschüttete Dividende. Die Gewinnanteile der Partizipationsscheininhaber sind gleichzeitig mit der Dividende fällig. Sie werden bei einer der unter § 7 dieser Bedingungen genannten Zahl- und Einreichstelle gegen Einreichung des jeweiligen Erträgnisscheines ausgezahlt.
- (3) Die Gewinnanteile der Partizipationsscheininhaber, welche binnen drei Jahren nach Fälligkeit nicht behoben werden, verfallen zugunsten der gesetzlichen Rücklagen der Bank Austria Creditanstalt Wohnbaubank AG.
- (4) Die Partizipationsscheine nehmen wie das Grundkapital bis zur vollen Höhe am Verlust teil.
- (5) Im Fall der Abwicklung werden die Partizipationsscheininhaber vermögensrechtlich den Aktionären der Bank Austria Creditanstalt Wohnbaubank gleichgestellt. Das Partizipationskapital darf im Fall der Liquidation der ausgehenden Gesellschaft erst nach Befriedigung oder Sicherstellung aller anderen Gläubiger zurückgezahlt werden.
- (6) Die Partizipationsscheininhaber haben das Recht, an jenen Hauptversammlungen der Bank Austria Creditanstalt Wohnbaubank AG teilzunehmen und Auskünfte im Sinn von § 112 AktG zu begehren, in denen der Jahresabschluss behandelt und die Gewinnverteilung beschlossen wird.
- (7) Die Partizipationsscheine gewähren keine darüber hinausgehenden Rechte, insbesondere keine sonstigen Mitgliedschaftsrechte wie z.B. das Stimmrecht und die Antragstellung in der Hauptversammlung, die Bekämpfung von Hauptversammlungsbeschlüssen und das Recht auf Bezug von jungen Aktien.
- (8) Wird durch eine Maßnahme das bestehende Verhältnis zwischen den Vermögensrechten der Inhaber der Partizipationsscheine und der Aktionäre geändert, so ist dies angemessen auszugleichen. Dies gilt insbesondere bei der Ausgabe von Aktien und von in § 174 AktG genannten Schuldverschreibungen und Genussrechten; zu diesem Zweck kann auch das Bezugsrecht der Aktionäre (§ 174 Abs.(4) AktG) ausgeschlossen werden.
- (9) Alle Bekanntmachungen über die Partizipationsscheine werden im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ veröffentlicht. Sollte diese Zeitung ihr Erscheinen einstellen oder nicht mehr Organ für amtliche Bekanntmachungen sein, tritt an die Stelle der Wiener Zeitung das dann für amtliche Bekanntmachungen dienende Medium. Sollte darüber hinaus zukünftig die Möglichkeit bestehen, amtliche Bekanntmachungen auch in anderen Medien vornehmen zu können, kann von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht werden.
- (10) Einer besonderen Benachrichtigung der einzelnen Partizipationsscheininhaber bedarf es nicht. Zur rechtlichen Wirksamkeit genügt in allen Fällen die Bekanntmachung nach den obigen Bestimmungen.
- (11) Für sämtliche Rechtsverhältnisse aus den Partizipationsscheinen gilt österreichisches Recht; Erfüllungsort ist Wien. Für alle wie immer gearteten Streitigkeiten aus den Partizipationsscheinen gelten für den Gerichtsstand die unter §18 dieser Bedingungen genannten Bestimmungen.

## **§ 13 Verwässerungsschutz**

- (1) Im Falle einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln wird der Wandlungspreis nicht ermäßigt, statt dessen verpflichtet sich die Emittentin, den Inhabern der Wandelschuldverschreibungen, wenn die Wandlung durchgeführt wird, so viele zusätzliche Partizipationsscheine zu verschaffen, dass die Inhaber der Wandelschuldverschreibungen so gestellt werden, als hätten sie das Wandlungsrecht zum Zeitpunkt der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln bereits ausgeübt. Bruchteile von Partizipationsscheinen werden bei der Ausübung des Wandlungsrechtes nicht verschafft. Die Hauptzahlstelle wird sich bemühen, einen etwaigen Spitzenbetrag für Rechnung der Inhaber von Wandelschuldverschreibungen zu verkaufen oder zuzukaufen.
- (2) Eine Ermäßigung des Wandlungspreises hat unter sinngemäßer Anwendung des § 9 Abs. (1) AktG zu erfolgen.
- (3) Die Emittentin verpflichtet sich, die getroffenen Maßnahmen zur Sicherung des Verwässerungsschutzes, den Stichtag ab dem diese Maßnahmen gelten und gegebenenfalls die gemäß Absatz (1) erhöhte Anzahl der Partizipationsscheine, die zu liefern sind bzw. den ermäßigten Wandlungspreis unverzüglich nach erfolgter Bestimmung im "Amtsblatt zur Wiener Zeitung" bekannt zu machen.

## **§ 14 Bekanntmachungen**

Alle Bekanntmachungen, über die Wandelschuldverschreibungen werden im "Amtsblatt zur Wiener Zeitung" veröffentlicht. Sollte diese Zeitung ihr Erscheinen einstellen oder nicht mehr Organ für amtliche Bekanntmachungen sein, so tritt an die Stelle der Wiener Zeitung das dann für amtliche Bekanntmachungen dienende Medium. Sollte darüber hinaus zukünftig die Möglichkeit bestehen, amtliche Bekanntmachungen auch in anderen Medien vornehmen zu können, kann von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht werden. Einer besonderen Benachrichtigung der einzelnen Gläubiger bedarf es nicht. Zur Rechtswirksamkeit genügt in allen Fällen die Bekanntmachung nach den obigen Bestimmungen.

## **§ 15 Börsennotierung**

Eine Anmeldung der Wandelschuldverschreibungen zum Handel im Dritten Markt an der Wiener Börse ist möglich.

## **§ 16 Rechtswahl**

Für sämtliche Rechtsverhältnisse aus der Begebung dieser Wandelschuldverschreibungen gilt österreichisches Recht.

## **§17 Erfüllungsort**

Erfüllungsort ist Wien.

## **§ 18 Gerichtsstand**

- (1) Klagen eines Unternehmers gegen die Emittentin können nur beim sachlich zuständigen Gericht am Sitz der Hauptniederlassung der Emittentin erhoben werden. Dieser Gerichtsstand ist auch für Klagen der Emittentin gegen einen Unternehmer maßgeblich, wobei die Emittentin berechtigt ist, ihre Rechte auch bei jedem anderen örtlich und sachlich zuständigen Gericht geltend zu machen.
- (2) Der für Klagen eines Verbrauchers oder gegen einen Verbraucher bei Vertragsabschluss mit der Emittentin gegebene allgemeine Gerichtsstand bleibt auch dann erhalten, wenn der Verbraucher nach Vertragsabschluss seinen Wohnsitz ins Ausland verlegt und österreichische gerichtliche Entscheidungen in diesem Land vollstreckbar sind.

## **§ 19 Steuerliche Behandlung**

Die Wandelschuldverschreibungen sowie die im Wege der Wandlung erstangeschafften Partizipationsscheine der Emittentin entsprechen den Auflagen des "Bundesgesetzes über steuerliche Sondermaßnahmen zur Förderung des Wohnbaus", BGBl.Nr.253/1993, idF BGBl.Nr.680/1994.

Die Anschaffungskosten für den Ersterwerb der Wandelschuldverschreibungen und der Partizipationsscheine sind im Rahmen der Sonderausgabenregelung gemäß § 18 Abs.3 Z.2 des EStG 1988 als Sonderausgaben absetzbar.

Zählen die Erträge aus den Wandelschuldverschreibungen und den Partizipationsscheinen beim Anleger zu den Einkünften aus Kapitalvermögen gemäß § 27 EStG 1988, so ist für die Zeit der Hinterlegung dieser Wertpapiere bei einer inländischen Bank im Ausmaß bis zu 4 % des Nennbetrages keine Kapitalertragsteuer (KESt) abzuziehen.

Die Einkommensteuer gilt für die gesamten Kapitalerträge inklusive des KESt-freien Anteils gemäß § 97 EStG 1988 als abgegolten.

Ebenso abgegolten ist die Erbschaftssteuer für den Erwerb von Todes wegen gemäß § 15 Abs.1 Z.17 des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes 1955.

Allfällige gesetzliche Änderungen, insbesondere der Steuergesetze sind vorbehalten und gehen nicht zu Lasten der Gesellschaft.

Wien, im Oktober 2007.